Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2999**

16. Wahlperiode 18. 10. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/1483 –

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (Jahresabrüstungsbericht 2005)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Förderung der Abrüstung, Rüstungskontrolle sowie Nichtverbreitung von konventionellen Rüstungsgütern und Massenvernichtungswaffen gehört zu den vordringlichsten Aufgaben jeder Bundesregierung. Rüstungsindustrielle und bündnispolitische Interessen müssen der Erfüllung dieser Aufgabe untergeordnet werden. Multilaterale Vereinbarungen über militärische und wehrtechnische Zusammenarbeit dürfen nicht Verpflichtungen enthalten, die dem Ziel der weltweiten Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung deutscher Rüstungsgüter und Rüstungstechnologien zuwiderlaufen.
2. Die Glaubwürdigkeit deutscher Bemühungen um weltweite Abrüstung hängt im wesentlichen Maße davon ab, dass sich die Bundesregierung ungeachtet ihrer laufenden internationalen Initiativen auf nationaler Ebene um Fortschritte bemüht.
3. Nichtverbreitung von konventionellen Rüstungsgütern im Sinne einer restriktiven Rüstungsexportpolitik hat zur Voraussetzung, dass die Kriterien, anhand derer über die Verbreitung von Rüstungsgütern entschieden wird, klar und präzise formuliert sind und ein Verstoß strafrechtlich geahndet werden kann.

II. Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft,

1. die Bundesregierung bei sämtlichen Maßnahmen zu unterstützen, die der Förderung der deutschen und internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von konventionellen und Massenvernichtungswaffen dienen,

2. mehr Verantwortung bei der Entscheidungsfindung über Rüstungsexportgenehmigungen zu übernehmen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Initiative zur Reduzierung der Verteidigungshaushalte sämtlicher NATO-Mitgliedstaaten um 5 Prozent zu ergreifen und selber mit gutem Beispiel voranzugehen, den deutschen Verteidigungshaushalt um 5 Prozent abzusenken und große Rüstungsprojekte, wie den Eurofighter und das Raketenabwehrsystem MEADS oder neue U-Boote und Fregatten, einzustellen und die frei werdenden Gelder in Konversionsinitiativen und Abrüstungsmaßnahmen sowie in die Stärkung der Kapazitäten der zivilen Konfliktbearbeitung zu investieren;
2. einen nachhaltigen Beitrag zur Abschaffung und Ächtung aller Atomwaffen zu leisten durch konsequente Beendigung der deutschen Beteiligung an der nuklearen Teilhabe der NATO, inklusive der Auflösung des Jagdbombergeschwaders 33. Die USA müssen aufgefordert werden, ihre Atomwaffen von deutschem Boden abzuziehen;
3. den Versuch zu beenden, den Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide wieder militärisch nutzen zu wollen;
4. sämtliche Rüstungsexporte zu stoppen.

Berlin, den 17. Oktober 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333